

Medienkonferenz SVP Bezirk Andelfingen

**Nationalratswahlen vom 20. Oktober 2019:
Weniger Bürokratie für Landwirtschaft und Gewerbe**

Datum: **Mittwoch, 14. August 2019, 18.00 Uhr**

Ort: **Festung Ebersberg, Berg am Irchel
Zufahrt: Wegweiser ab Berg am Irchel**

Referenten: **Konrad Langhart,**
SVP-Nationalratskandidat, Stammheim:
«Ohne Bauern keine Schweiz»

Paul Mayer,
SVP-Nationalratskandidat, Marthalen:
«Weniger ist mehr»

Martin Zuber,
Nationalratskandidat SVP Seniorenliste, Waltalingen:
«Wohlstand dank Sicherheit»

Sperrfrist: **14. August 2019, 19.00 Uhr**

Die Medienmappe steht Ihnen am 14. August 2019 ab 19.00 Uhr
auf svp-bezirk-andelfingen.ch zur Verfügung.



Medienmitteilung

Wahlen ins Eidgenössische Parlament am 20. Oktober 2019

Pressekonferenz Wahlaufakt

Nein zur EU-Einbindung, endlich Schluss mit der unser Land auszehrenden Masseneinwanderung, gute, bürokratiefreie Rahmenbedingungen für wachsende Einkommen sichernde Gewerbe- und Wirtschaftsbetriebe: Mit diesen Zielsetzungen will die SVP der Schweiz Wohlstand und Eigenständigkeit sichern.

Ein Bauer mit innovativem Biobetrieb – ein Unternehmer, der 35 Mitarbeiter (davon zehn Lernende) in seinem Betrieb in unserem Bezirk beschäftigt: wahrhaftig ein starkes Weinländer Gespann auf der SVP-Liste für die Nationalratswahlen.

Konrad Langhart, Kantonsrat und SVP-Nationalratskandidat, Inhaber eines Biobetriebs in Oberstammheim, stellt die Landwirtschaft in den Mittelpunkt seines politischen Engagements: «Ohne Bauern keine Schweiz!» Mit diesem Wahlspruch tritt Konrad Langhart vor die Wähler. Nach wie vor sind die Landwirte unverzichtbare Stützen für die Entfaltung einer freien, eigenständigen Schweiz. Dies gilt für das ganze Land; aber ganz besonders für das Weinland.

Landwirtschaftspolitik: Das heisst für Konrad Langhart, einzustehen für eine qualitativ hochwertige Lebensmittelproduktion hier in der Schweiz – ausgerichtet auf Kundenwünsche sowohl bezüglich Preisgestaltung als auch in Bezug auf die Produktionsweise. Zielgerichtete Landwirtschaftspolitik hat die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Landwirte im Blick auf Kundenanliegen sowohl günstig als auch nachhaltig produzieren können. Politisch umsichtig zu erarbeitende Rahmenbedingungen haben dies zu gewährleisten. Billige Produktion irgendwo auf der Welt auf Kosten der Umwelt dient weder dem Land noch seinen Bewohnern.

Paul Mayer, Kantonsrat, Präsident der SVP-Bezirkspartei und SVP-Nationalratskandidat, Metallbauunternehmer, kann aus dem Vollen schöpfen bezüglich gemachter Erfahrungen mit bürokratischer Regulierungswut, welche die unternehmerische Freiheit und Innovationskraft insbesondere kleiner und mittlerer Betriebe zunehmend zu erwürgen droht. Als Parlamentarier will er dafür sorgen, dass Existenz und Entwicklungsmöglichkeiten des unternehmerischen Gewerbes intakt bleiben. Über hunderttausend Zürcher KMU-Betriebe beschäftigen drei Viertel aller Zürcherinnen und Zürcher. Wer sich dem immer dichteren Vorschriften-Dschungel nicht widersetzt, gefährdet Betriebe und Arbeitsplätze. Weniger ist mehr! Weniger Bürokratie schafft mehr Arbeitsplätze.

Unerträglich wird die Verstopfung der Verkehrswege in der Schweiz – insbesondere Folge der Nichtumsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Wenn täglich 12 Personen in sechs Equipen zu Kunden unterwegs sind, verliert man durch unproduktive Staustunden gegen hunderdtausend Franken pro Jahr. Geld, das für arbeitsplatzsichernde und -schaffende Investitionen fehlt. Die Zuwanderung ist markant zu reduzieren – um der Bevölkerung mehr Mobilitätsfreiheit und höhere Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Auf der SVP-Seniorenliste kandidiert aus dem Weinland zusätzlich **Martin Zuber**, welcher den Bezirk Andelfingen von 2011 bis 2019 im Zürcher Kantonsrat vertreten hat. 2003 wurde Martin Zuber in den Gemeinderat von Waltalingen gewählt. Von 2011 bis zur Fusion der Gemeinden im Stammertal Ende 2018 amtierte er als Gemeindepräsident. Politische Schwerpunkte setzt er aufgrund seines beruflichen und politischen Werdegangs auf eidgenössischer Ebene in erster Linie in Fragen der Landwirtschaft sowie in Sicherheitsfragen.

Eine glaubwürdige Armee zum Schutz der Schweizerinnen und Schweizer ist Martin Zuber ebenso vordringliches Anliegen wie die Begrenzung ungesteuerter Zuwanderung.

Als noch im aktiven Erwerbsleben stehender Senior wehrt sich Martin Zuber dagegen, dass man nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben politisch und gesellschaftlich keine Rolle mehr spielen soll. Die ältere Generation stellt in der heutigen Zeit des Wertewandels mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung mehr denn je eine wertvolle Stütze der Gesellschaft dar. Es gilt, das Potenzial und die Erfahrung der älteren Generation zu nutzen, statt die demografische Entwicklung zu beklagen.

Die Weinländer Nationalratskandidaten vertreten Anliegen der breiten Bevölkerung. Sie stehen – Ausnahmen im heutigen Politbetrieb – mitten im Leben, bewältigen so wie Zehntausende andere ihren beruflichen, unternehmerischen und familiären Alltag. Gerade solche Praktiker, vertraut mit den Alltagsorgen der Schweizerinnen und Schweizer, gehören ins Parlament – als starkes Dreierteam aus dem Weinland.

SVP Bezirk Andelfingen

Ohne Bauern keine Schweiz!

Von SVP-Nationalratskandidat Konrad Langhart

In der Gründungsurkunde einer der zahlreichen Ortsparteien, an deren 100-Jahr-Feiern ich in diesen Jahren teilnehmen durfte, habe ich folgende Aussage gefunden: «In den Händen der Landwirte ruht die Kraft des Staates!» Nicht nur als aktiver Weinländer Bauer darf ich sicher mit Verständnis dafür rechnen, dass ich das heute noch so sehe. Die Zeiten haben sich zwar geändert, die Aussage von 1919 ist aber nach wie vor hochaktuell!

Sie entstand damals vor dem Hintergrund der enormen Leistungen der Bauern während des Weltkrieges und der nachfolgenden innenpolitischen Wirren rund um den Landesstreik. Die Bauernfamilien sind damals einmal mehr mit Erfolg, aber auch mit grossen Entbehrungen eingestanden für die Schweiz, für den demokratischen Staat und die gesetzliche Ordnung.

Davor und danach hat die Landwirtschaft die Schweiz, wie wir sie heute kennen und schätzen, immer wieder entscheidend positiv mitgeprägt. Gesellschaftlich, wirtschaftlich, politisch oder landschaftlich.

Wenn man allerdings in diesen Tagen in den Medien etwas liest, könnte man den Eindruck erhalten, dass die einheimische Lebensmittelproduktion etwa das Überflüssigste oder Übelste ist, das in der Schweiz existiert. Politiker und Kommentatoren versteigen sich in der Zusammenfassung, dass wir Bauern im Gegenzug zur staatlichen Unterstützung die Umwelt zerstören, den Freihandel torpedieren und die Lebensmittelpreise in die Höhe treiben. Wir stehen also am Morgen auf und gehen dann in den Stall, um die eingepferchten Tiere zu quälen und mit Antibiotika vollzupumpen. Danach steht die Vergiftung von Trinkwasser, Lebensmittel, Böden, Luft und Insekten auf dem Tagesplan. Später am Nachmittag zwingen wir dann den Konsumenten unsere über-
teuerten Produkte auf und am Abend steht noch das Ausfüllen der Antragsformulare für den Staat an.

Im Vorfeld der Abstimmungen zu diversen Landwirtschaftsinitiativen hebt das einfach gestrickte Bauern-Bashing zu neuen Höhenflügen an. Das hat vor allem mit den Wahlen im Herbst zu tun. Aber auch hand-feste wirtschaftliche Interessen stehen dahinter. Da spielt es keine Rolle, wenn man mit dem steigenden Import von Lebensmitteln die vermeintlichen oder tatsächlichen problematischen Begleiterscheinungen der Produktion einfach ins Ausland verlagert und diese dort meistens noch verschlimmert. Umweltverbände müs-sen die Empörung bewirtschaften, damit die Spenden weiter sprudeln. Und viele kümmern sich einfach nicht um die Fakten.

Richtig ist in etwa das Gegenteil dieses von den Landwirtschaftsgegnern gezeichneten düsteren Bildes. Glücklicherweise sieht das die Bevölkerung auch so. Das erlebe ich täglich im Gespräch mit Kunden und Passanten. Umfragen zeigen in die gleiche Richtung. Den Schweizerinnen und Schweizern ist die Bedeutung der einheimischen Landwirtschaft mehrheitlich sehr bewusst. Damit das so bleibt, müssen wir aber immer wieder erklären und zeigen, was wir machen und warum wir das so machen. Denn wir wissen, dass die Gesellschaft auch Erwartungen an unsere Branche hat.

Die Schweizer Landwirtschaft darf sich im internationalen Vergleich sehen lassen, insbesondere auch in Sachen Nachhaltigkeit. Natürlich gibt es notwendige Hausaufgaben und da arbeiten wir mit Hochdruck daran. Es braucht keine neue Gesetzgebung für Pestizide, aber es führt kein Weg an der konsequenten Umsetzung des Aktionsplanes Pflanzenschutz vorbei. Und da wird einiges gemacht. Der Verbrauch dieser Hilfsstoffe ist in den vergangenen Jahren stark gesunken. Ich bin auch überzeugt, dass beispielsweise Herbizide zur Unkraut-bekämpfung in einigen Jahren kaum mehr eine Rolle spielen. Das wird in Zukunft mit innovativer mechanischer Anbautechnik erledigt. Rüben, Mais und Kartoffeln werden bei uns heute schon GPS-gesteuert zenti-metergenau gesät, gepflanzt und gehackt. Bei der Regulierung von Pilzkrankheiten und Schädlingen dauert's noch etwas länger. Aber auch da werden

Fortschritte beispielsweise mit widerstandsfähigen Sorten gemacht. Es geht also einiges und das mit grossen Schritten.

Das Wichtigste ist allerdings, dass die Konsumenten dabei mitmachen. Heute richten wir Schweizer Bauern uns im schweizerischen Kostenumfeld nach den Marktbedürfnissen. Soll es einfach billig sein oder darf es günstig und nachhaltig sein? Selbst als Biobauer kann ich nur produzieren, wenn die Nachfrage da ist. Es reicht nicht, am Sonntag an der Urne mehr Ökologie zu fordern und dann am Montag im Laden wieder billige Flugspargeln aus Übersee zu kaufen.

Gerade die Zürcher Bauern haben eine unglaubliche Vielfalt anzubieten. Gemüse, Obst, Getreide, Fleisch, Wein und vieles mehr. Es ist fast alles da, was das Herz begehrt. Der Konsument entscheidet, wie nachhaltig die einheimische Landwirtschaft sein soll.

Die Schweiz hat 2019 eine passende und ökologische Landwirtschaft, die sich dem Markt stellen will und gerne wieder weitere Leistungen für die Gesellschaft übernimmt. Damit das so bleibt, braucht es kluge politische Entscheide. Denn auch heute gilt: Die Schweiz ohne Bauern ist undenkbar!

Weniger ist mehr!

Von SVP-Nationalratskandidat Paul Mayer

Weniger Bürokratie schafft mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze. Im Kanton Zürich gibt es über 102 000 KMU-Betriebe. Diese beschäftigen drei Viertel aller Zürcherinnen und Zürcher. Ein Viertel der arbeitenden Bevölkerung ist in einem der 400 Grossbetriebe angestellt. Zunehmend werden alle Betriebe durch einen Dschungel von Gesetzen, Normen, Vorschriften und Verordnungen benachteiligt und unter Druck gesetzt. Reglementierungen und komplizierte Abrechnungsverfahren steigern den bürokratischen Aufwand jedes Jahr. Die Auflagen von Raumplanung, im Bauwesen, in der Betriebsführung, bei den Sozialleistungen und in der Entsorgung werden immer strenger. Dabei bläht sich der Staatsapparat nur auf und es fallen bei den Betrieben zusätzliche Regulierungskosten an. Gerade die KMU-Betriebe können sich keine weiteren administrativen Aufgaben zusätzlich leisten und müssen entlastet werden. Gerne zeige ich den Aufwand von Kontrollen der Gewerkschaften, der Polizei, der Steuerbehörden und weiteren Organisationen in meinem Unternehmen auf. Unnötige Auflagen der SUVA oder von kantonalen Amtsstellen, die Betriebe nötigen, weil sie Lernende ausbilden, können eindrücklich verbildlicht werden. Beispiele von statistischen Ämtern, für die wir gratis arbeiten dürfen, demonstriere ich Ihnen gerne.

Weniger ist mehr! Weniger Bürokratie schafft mehr Arbeitsplätze.

Staukosten

In meinem Betrieb sind täglich durchschnittlich 12 Personen unterwegs. Diese stehen am Morgen 15 Minuten im Stau, am Abend ebenfalls. Das sind 6 Ausfallstunden im Tag, 30 in der Woche, 120 Stunden im Monat und sage und schreibe 1440 Stunden im Jahr. Rechnet man mit einem Stundenansatz von 100 Franken, ergibt es einen Ertragsausfall von 144 000 Franken. Das Geld fehlt für Innovationen, für Investitionen und für Lohnerhöhungen. Meine Forderung: Die Aufgaben für den Strassenverkehr müssen jetzt gelöst werden. Alle Projekte müssen dringend umgesetzt werden. Eine Nettozuwanderung von 50 000 Leuten jährlich lässt mich für die Zukunft nichts Gutes erahnen. In 10 Jahren haben wir eine halbe Million mehr Menschen in unserem Land und auch in unserem Kanton. Der Zuwachs ist mehr als die grösste Stadt Zürich Einwohner hat. Mit ein Grund ist die Nichtumsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Das Gewerbe und auch die Grossbetriebe sind auf eine leistungsfähige Infrastruktur angewiesen.

Weniger Zuwanderung ist gleich mehr Mobilitätsfreiheit. Weniger Zuwanderung ist gleich mehr Versorgungssicherheit.

Jeder Beamte, jede Staatsstelle sieht nur ihren Bereich. Das Ganze überblicken, das können und wollen diese gut bezahlten Bürokraten nicht. Als einer der wenigen KMUler, einer, der noch etwas merkt und die Übersicht darüber hat, was für Auswirkungen Gesetzesänderungen haben und diese dann auch noch spürt, möchte ich mich in Bern einbringen – für einen starken Wirtschaftsstandort Schweiz.

Weniger ist mehr, sodass dem arbeitenden Mittelstand mehr bleibt zum Leben.

Wohlstand dank Sicherheit!

Von SVP-Nationalratskandidat Martin Zuber

Als Senior, noch im aktiven Erwerbsleben, wehre ich mich dagegen, dass man nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben politisch und gesellschaftlich keine Rolle mehr spielen soll. Die ältere Generation stellt in der heutigen Zeit des Wertewandels mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung mehr denn je eine wertvolle Stütze der Gesellschaft dar. Es gilt, das Potenzial und die Erfahrung der älteren Generation zu nutzen, statt die demografische Entwicklung zu beklagen.

Bei mir steht die Sicherheitspolitik an erster Stelle. Stabilität und Sicherheit sind für mich sehr wichtig, bewegte ich mich doch viele Jahre in einem Umfeld, das für diese sorgte. Warum Stabilität in der Politik? Durch meine durch und durch bürgerlichen Grundwerte gebe ich den Arbeitnehmern, den Gewerbetreibenden, den Bauern und den Unternehmern die Sicherheit, ihre ureigensten Interessen zu vertreten.

Ich will Sicherheit durch eine glaubwürdige Armee, zum Schutz der Schweizerinnen und Schweizer, und ich will keine ungesteuerte Zuwanderung.